

Aufbruch zu einer ökosozialistischen Alternative in Österreich

Vorschläge zur Organisation und Orientierung Kurzfassung

Christian Zeller, 3. Juni 2018

Aufbruch – wir machen weiter

Zwei Jahre nach dem offiziellen Beginn im Juni 2016 steht Aufbruch an einer Kreuzung. Gelingt es den beteiligten Personen ein gemeinsames politisches Profil zu erarbeiten und handlungsfähig zu werden? Können die Gruppen in den Stadtteilen Wiens und in den anderen Städten ihre spezifischen Projekte im Rahmen eines sich schrittweise klärenden Gesamtprojekts formulieren? Wir stehen vor der Frage, wie wir die in und mit Aufbruch gemachten Erfahrungen produktiv so verarbeiten können, dass wir weiterhin wirksam aktiv sein können.

Zwar entwickelte sich Aufbruch nicht zu einer breiten Sammlungsbewegung, die auch an Wahlen den etablierten Parteien eine konsequente solidarische und ökologische Alternative entgegenzusetzen vermag. Aufbruch formierte sich auch nicht zu einer antikapitalistischen Kraft, die zumindest punktuell eingreifen und aktive Kampagnen führen kann. Doch es gibt auch wichtige Errungenschaften, die nicht fahrlässig aufzugeben sind. Rund 60 bis 100 Personen haben zwei Jahre lang gemeinsame Erfahrungen in politischer Arbeit gemacht und gelernt, gemeinsam zu diskutieren, Aktionen durchzuführen und öffentlich aufzutreten. In Wien gibt es weiterhin einige aktive Gruppen. Die Gruppen in Graz und Salzburg haben sich stabilisiert. Es gibt sogar Versuche wieder eine Gruppe in Innsbruck aufzubauen.

Ich unterbreite hier den verbliebenen Aufbruch-Aktiven und weiteren interessierten Personen einen Vorschlag, der uns erlaubt, auf bescheidenem Niveau, aber zielgerichtet gemeinsam weiterzuarbeiten. Dieser Vorschlag knüpft an bisherige Diskussionsbeiträge an, die ich u.a. mit Verena Kreilinger vorgelegt habe und zielt darauf ab, eine österreichweite Diskussions- und Arbeitsstruktur aufrechtzuerhalten. Ein gemeinsamer organisatorischer Rahmen ist Voraussetzung, um uns politisch und organisatorisch weiterzuentwickeln. Eines solchen bedarf es auch, um anderen Kräften Vorschläge für einheitliche Aktionen gegen die neoliberale-neokonservative und reaktionäre Regierung zu unterbreiten.

Die an diesem Arbeitsprozess beteiligten Personen und Gruppen erarbeiten eine ökosozialistische Perspektive. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit sollen die Grund-

lagen zur Schaffung einer neuen antikapitalistischen und ökosozialistischen Organisation geschaffen werden.

Antikapitalistische Perspektive

Die kapitalistische Produktions- und Herrschaftsweise kann nur mit Widersprüchen funktionieren, die in gesellschaftlich und ökologisch unsinnige Ergebnisse münden. Darum ist eine antikapitalistische und ökosozialistische Perspektive erforderlich. Wir müssen uns und den Menschen klar machen, dass wir nicht nur aus moralischen Gründen oder weil wir verwerfliches Verhalten von Reichen und Politdarsteller_innen ablehnen, gegen die kapitalistische Produktions- und Herrschaftsweise sind, sondern aus sehr grundsätzlichen und ausgesprochen vernünftigen Überlegungen. Einerseits ist die kapitalistische Produktionsweise dynamisch und innovativ. Sie vermochte sich immer wieder neuen Bedingungen anzupassen. Andererseits werden die Schranken und die mit dem „destruktiven Fortschritt“ zusammenhängenden gesellschaftlichen Verwerfungen offensichtlicher.

Die kapitalistische Produktions- und Herrschaftsweise kann nur noch fortbestehen, indem sie für eine zunehmend größere Zahl von Menschen die Chancen auf Selbstverwirklichung entzieht, deren Lebensbedingungen verschlechtert oder gar deren unmittelbare physische Existenz in Frage stellt. Die ökologische Zerstörung bringt keine Naturkatastrophen, sondern gesellschaftliche Zerstörung hervor. Die von Rosa Luxemburg so brutal formulierte Alternative gilt heute im Weltmaßstab: Sozialismus oder Barbarei.

Umfassender Angriff der herrschenden Klasse

Die ÖVP-FPÖ-Regierung hat ihre ersten Angriffsziele sorgsam ausgewählt. Sie greift Migrant_innen und andere Schwache an, in der leider richtigen Annahme, dass die Gewerkschaften und SPÖ dagegen keinen Widerstand leisten werden. Zugleich stellt sie zielgerichtet Errungenschaften der Kernschichten der Lohnabhängigen in Frage. Die Abschaffung der Notstandshilfe und die Abdrängung von Menschen, die seit längerer Zeit keinen Arbeitsplatz finden, in die Mindestsicherung wird Armut verbreiten. Die selektive Kürzung der Mindestsicherung für Flüchtlinge und Migrant_innen verschärft ebenfalls die Spaltungslinien zwischen unterschiedlichen Sektoren der Lohnabhängigen. Die Kürzungen der Arbeitslosenversicherung betreffen nicht nur die Arbeitslosen, sondern sehr viel mehr Lohnabhängige. Denn wenn Arbeitslose gezwungen werden, niedriger entlohnte Jobs anzunehmen, bewirkt das einen Druck auf die Löhne von vielen Beschäftigten.

Die Regierung strebt eine umfassende Reorganisation der Sozialversicherung an. Strategisch will sie dem privaten Versicherungen und dem Finanzkapital neue Felder erschließen. Diesen Angriffen gilt es das Modell einer gemeinsamen sozialen

Krankenversicherung für alle Lohnabhängigen und unter ihrer Selbstverwaltung gegenüberzustellen. Der Widerstand der sozialdemokratisch dominierten Gewerkschaften orientiert sich aber eher auf den Erhalt von Einflussosphären für Funktionäre. Das ist zu wenig überzeugend und wird nicht ausreichen, die Angriffe der ÖVP-FPÖ-Regierung abzuwehren.

Mit welchen Perspektiven wieder vorwärts gehen?

Die Herausforderungen in Österreich sind groß. Es geht um einen wirklichen Neuaufbau antikapitalistischer Kräfte. Ohne soziale Bewegungen ist das schwierig. Zentrale Aspekte dieses Neuaufbaus sind politische Klärungsprozesse und Initiativen zur Organisierung. Antikapitalistische Gruppierungen sollten sich an allen, auch bescheidenen, Formen des Widerstandes und der Selbstaktivität beteiligen. Jede Form von Selbstorganisation gegen Auswirkungen der Kürzungspolitik, gegen den zunehmenden Druck am Arbeitsplatz, gegen Einschränkungen demokratischer Teilhabe, gegen den Ausschluss von Teilen der Bevölkerung von sozialstaatlichen Leistungen ist zu unterstützen.

Die Herausforderung besteht darin, Forderungen und Perspektiven zu formulieren, die einerseits an konkreten Bedürfnissen von Lohnabhängigen und Auseinandersetzungen anknüpfen, diese in einem alternativen Programm zusammenzuführen und schließlich Vorschläge einzubringen, die den Rahmen der bestehenden Konkurrenz- und Profitlogik hinter sich lassen. Ein Beispiel für eine solche Vorgehensweise sind die Initiativen von Beschäftigten im Gesundheitswesen wie *Pflege ist mehr Wert* und „*CareRevolution*“. Letztlich werfen diese Initiativen die Frage auf, wie das Gesundheitswesen überhaupt jenseits der Warenlogik organisiert werden soll. Auch der Widerstand gegen die Abschaffung der Unfallversicherung und der Unfallkrankenhäuser könnte mit derartigen Vorschlägen gestärkt werden. Konsequenter gedacht führt das mitunter zu einer Infragestellung der kapitalistischen Organisation von Pflegediensten, Krankenhäusern, Krankenversicherungen und Medikamentenherstellung. Gerade im öffentlichen Dienst geht es immer auch darum, die Beschäftigten und die NutzerInnen in einen fruchtbaren Dialog über gemeinsame Perspektiven für gute Arbeitsbedingungen und Qualität der Dienstleistungen zu bringen.

Antikapitalistische Organisationsprojekte haben sich einer dreifachen Herausforderung zu stellen.

Erstens ist eine politische Kraft zu entwickeln, die sich grundsätzlich der kapitalistischen Profit- und Konkurrenzlogik entgegenstellt. Die Organisation *Aufbruch* und das im Abschnitt 10 dieses Texts vorgestellte Projekt *Föderation zu einer ökosozialistischen Alternative* können hierzu einen Beitrag leisten. Die Herausforderung reicht aber weit über die Kapazitäten von *Aufbruch* hinaus. Eine relevante Kraft

kann sich letztlich nur im Zuge gesellschaftlicher Bewegungen und Auseinandersetzungen entwickeln. Diese antikapitalistische Organisation soll zugleich eine offene Bündnispolitik auf konkreten Sachfragen mit allen Gruppierungen und Individuen betreiben, die sich der neoliberalen und neokonservativen Offensive entgegenstellen wollen. Je nach Auseinandersetzung und Thema können sich durchaus unterschiedliche Bündniskonstellationen ergeben.

Zweitens sind Aktivitäten zu entwickeln, die dazu beitragen, Lernprozesse, eine widerständige Praxis am Arbeitsplatz, am Wohnort, an der Uni und der Schule sowie überhaupt in der Gesellschaft zu befördern. Durch Selbstaktivität und Organisation können sich die Menschen einbringen und als politische ProtagonistInnen verstehen lernen. Gewerkschaften, die alle lebensweltlichen Belange der Beschäftigten berücksichtigen, MieterInnenverbände, Umweltorganisationen, feministische und antirassistische Organisationen können derartige Selbstermächtigungen zum Ausdruck bringen. Entscheidend ist das wieder zu entwickelnde Verständnis einer unabhängigen und eigenständigen Organisation.

Drittens stehen wir vor der Herausforderung, Programme zu formulieren, die einerseits an den real wahrgenommenen Problemen großer Teil der arbeitenden Bevölkerung ansetzen, von diesen verstanden werden und zugleich in eine Richtung jenseits der Profit- und Konkurrenzlogik hinausweisen. Es geht also um eine Programmatik, die ansatzweise Perspektiven eines Übergangs zu nicht-kapitalistischen und solidarischen Formen der Gesellschaft weist. Diese programmatische Arbeit ist europäisch, transnational und global auszurichten. Das geht letztlich selbstverständlich nur im internationalen Dialog mit ähnlich Gesinnten anderswo. Im Abschnitt 9 benenne ich fragend einige Herausforderungen und stütze mich hierbei auf die Methode.

Eine antikapitalistische Organisation, die zugleich radikal, also den Dingen auf den Grund geht, und flexibel breite Bündnisse gegen die neoliberale Offensive eingeht, sollte in der Lage sein, diese drei Ebenen miteinander zu verbinden.

Warum braucht es eine antikapitalistische Organisation?

Immer wieder entstehen soziale Bewegungen, die sich mehr oder weniger kraftvoll auf bestimmten Themenfeldern gesellschaftlichen Missständen und bestimmten Projekten der Herrschenden entgegenstellen. Diese Bewegungen dauern zumeist nur eine beschränkte Zeit und verlieren dann wieder an Bedeutung, sei es weil sie einen Teil ihrer Forderungen durchsetzen konnten (was mittlerweile selten ist) oder sei es weil sie zu schwach sind und die daran beteiligten Aktivist_innen die Geduld verlieren. So kamen und verschwanden viele Bewegungen gegen Aspekte der Umweltzerstörung, gegen Kürzungen im Bildungsbereich, gegen internationale Verträge und

Gipfeltreffen und allgemein gegen Vorhaben der Regierenden, die zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen geführt hätten bzw. haben.

Zugleich brauchen wir auch eine Organisation, die ausgehend von einer grundlegenden Ablehnung der kapitalistischen Produktions- und Herrschaftsweise organisierend eingreift; eine Organisation, die anderen gesellschaftlichen und politischen Kräften Vorschläge für Aktionseinheiten auf konkreten Sachfragen unterbreitet; eine Organisation, die auch durch ihr Beispiel von Initiative und solidarischem Verhalten zeigt, dass organisierte und solidarische Aktivität möglich ist und erfolgreich sein kann, die exemplarisch einen Beitrag zu einer nachhaltigen Kultur kämpferischer Solidarität leistet und sich gleichzeitig wertschätzend und solidarisch auf andere Organisationen und Bewegungen bezieht, eine Organisation, die hilft Erfahrungen auszutauschen und zu verarbeiten und vor allem eine Organisation, die kollektiv aus Niederlagen und Erfolgen lernt und damit selbst ein kollektives Gedächtnis entwickelt und zu einem breiteren kollektiven gesellschaftlichen Gedächtnis beiträgt, damit künftige Bewegungen besser für die unvermeidlichen Auseinandersetzungen vorbereitet sind.

Nur wenn sich die Menschen, die die kapitalistische Produktions- und Herrschaftsweise überwinden wollen, in einer Organisation zusammenschließen, die in der Lage ist, ein umfassendes Verständnis von der Gesellschaft zu entwickeln und darauf aufbauend Vorschläge für Kampagnen, Aktionen und Bündnisse zu entwickeln, gelingt es, das Kräfteverhältnis dauerhaft zu verändern. Diese Organisation muss den Anspruch haben, die Ausbeutungsverhältnisse, die geschlechtsspezifischen, die rassistischen und alle anderen Diskriminierungen zu überwinden. Die zentrale Herausforderung besteht darin, konkrete Aktivitäten zu entfalten, die dazu beitragen, dass sich die Lohnabhängigen in ihrer ganzen Unterschiedlichkeit als Subjekte erfahren und fühlen, die Geschichte machen wollen. Nur durch Selbsttätigkeit können die Lohnabhängigen einen Prozess der sozialen Emanzipation vorantreiben.

Erforderlich ist eine Orientierung auf die Klasse der Lohnabhängigen in ihrer ganzen Vielfalt und Unterschiedlichkeit sowie eine längerfristig ausgerichtete Organisationsarbeit. Die Lohnabhängigen, Deklassierten, Prekären, KleinstunternehmerInnen, MigrantInnen und die große Mehrheit der Frauen brauchen eine Organisation, die ihnen mit Rat und Tat beisteht, die sie unterstützt und die versucht, ihr Sprachrohr in der ihnen fremden Welt tendenziell autoritärer Institutionen zu sein. Eine solche Organisation fehlt seit vielen Jahrzehnten. Das ist bereits so lange her, dass das Bewusstsein über die Nützlichkeit einer solchen Organisation erloschen ist.

Eine solche Organisation ist nicht ein Selbstzweck. Wir brauchen keinen Apparat, dessen Ziel es ist, sich selber zu erhalten. Eine antikapitalistische Organisation ist wichtig, weil sie ein wirksames Werkzeug sein kann, Erfahrungen zu verarbeiten,

kollektiv zu lernen und auf dieser Grundlage besser politische Vorschläge einzubringen.

Wir müssen also konstatieren, dass eine offene, pluralistische und dennoch radikale antikapitalistische Organisation, die verschiedene Erfahrungen und Generationen zusammenbringt, in Österreich nicht existiert. Ein Blick zu den Neuformierungsprozessen in anderen Ländern hilft, unsere Situation in einen breiteren Kontext zu setzen und von anderen Projekten in Europa zu lernen.

In Europa entstanden seit den 1990er Jahren mehrere mehr oder weniger breite antikapitalistische Organisationen. Es lohnt sich, aus den Erfahrungen dieser Organisationen zu lernen. Doch es ist zu warnen vor voreiligen Schlüssen über die Erfolge gewisser Versuche und Erfahrungen. Die Erfahrungen in den einzelnen Ländern sind aufgrund der unterschiedlichen geschichtlichen Entwicklungen und Traditionen jeweils sehr spezifisch. Es gibt schlicht kein Erfolgsmodell. Wir können nichts kopieren. Wir stehen schlicht vor der Herausforderung, in Österreich einen eigenen Weg zu beschreiten.

Antikapitalistische Kraft mit einem ökosozialistischen Programm

Um den Widerstand gegen die neoliberale, neokonservative und reaktionäre Offensive wirksam und langfristig aufzubauen, braucht es eine antikapitalistische Kraft mit einem ökosozialistischen Programm. Warum ist es sinnvoll den Begriff „ökosozialistisch“ zu verwenden?

Mit dem Begriff „ökosozialistisch“ zeigen wir, dass wir die kapitalistische Produktionsweise überwinden wollen und dass die gesellschaftlichen und ökologischen Herausforderungen komplett miteinander verwoben anzupacken sind. Jeder Produktionsprozess und jeder Konsumvorgang ist immer auch ein Stoffwechselprozess des Menschen mit der Natur, oftmals im Weltmaßstab. Das drückt sich namentlich in der Klimaerwärmung und den durch diese hervorgerufenen gesellschaftlichen Herausforderungen aus. Indem wir die Produktion und den Konsum gesellschaftlich aneignen, wollen wir diese auch ökologisch organisieren. Mit dem Begriff „ökosozialistisch“ geben wir eine Alternative an, die noch unklar und neu zu denken ist. Eine ökosozialistische Perspektive stellt radikal, das heißt an die Wurzel gehend, die kapitalistische Produktions- und Herrschaftsweise in Frage und lotet Möglichkeiten einer solidarischen Lebensweise und einer umfassenden sozialen Emanzipation aus.

In Bewegung kommen

Der Widerstand gegen die neokonservative und reaktionäre Gegenreform ist gegenwärtig schwach. Diese Schwäche ist auch ein Ergebnis der Orientierungslosigkeit der Gewerkschaften und der kompletten Eingliederung der SPÖ in das Herrschafts-

system. Die antikapitalistischen Gruppen sind zersplittert und konzeptlos. Es gilt in ausgewählten Feldern konkreten Widerstand zu entwickeln, ganz besonders gegen die Abschaffung der Notstandshilfe, die Kürzung der Mindestsicherung für Migrant_innen, die Restrukturierungen der Krankenversicherungen und die Umwelt zerstörende Projekte wie die Erweiterung des Flughafens Wien.

Es geht darum grundsätzliche Fragen zu stellen und radiale Antworten zu entwickeln. Zu nennen sind besonders die Arbeitszeitverkürzung um die Produktivitätsgewinne gerecht zu verteilen; die Überwindung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der damit verbundenen patriarchalen Herrschaftsverhältnisse; die Durchsetzung des Rechts auf Bildung für alle hier lebenden Menschen; die gerechte Reorganisation der Sozialversicherungen, der Altersvorsorge und des Gesundheitswesens; die ökologische Planung und Gestaltung der Städte und Siedlungen; die Schaffung eines Transportsystems, das einerseits einen gerechten Zugang zu Mobilitätsmöglichkeiten zulässt und andererseits den Ressourcenverbrauch reduziert; eine sozial gerechte und ökologisch sinnvolle Produktion von Energie; einen kompletten Umbau des Industriesystems und eine gesellschaftliche Aneignung der zentralen Bereiche der Verwaltung, der Industrie, der Logistik und des Finanzsystems.

Die Entwicklung von Perspektiven in diesen Feldern ist nicht leicht. Sie hängt davon ab, ob sich die Menschen in Bewegung setzen, sich für ihre Belange einsetzen: am Arbeitsplatz, an der Bildungseinrichtung, am Wohnort, bei den öffentlichen Diensten und im öffentlichen Raum. Die Emanzipation der Lohnabhängigen, Ausbeuteten und Unterdrückten kann nur das Werk dieser selbst sein.

Aufbruch hat in den ersten zwei Jahren wichtige Erfahrungen gemacht. Nun gilt es Perspektiven zu erarbeiten, die über die kapitalistische Produktions- und Herrschaftsweise hinausweisen. Wir wollen die sozialen und ökologischen Herausforderungen gemeinsam denken. Wir setzen dem neoliberalen und neokonservativen Abbruch die Perspektiven eines ökosozialistischen Aufbruchs gegenüber.

Aufbruch für eine ökosozialistische Alternative

Als nächsten Zwischenschritt schlage ich die Zusammenarbeit der Gruppen und Mitglieder von Aufbruch sowie anderer interessierter Gruppen und Personen in einem gemeinsamen Projekt eines *Aufbruchs für eine ökosozialistische Alternative* vor. Die beteiligten Gruppen und Personen sollten versuchen, eine Konvergenz ihrer Positionen, Herangehensweisen und praktischen Aktivitäten herzustellen.

Dieses Projekt hat vorerst einen föderativen Charakter. Es besteht aus lokalen und thematischen Gruppen sowie Einzelpersonen, die sich mit seinen grundlegenden Zielen und Methoden einverstanden erklären. Das können lokale und thematische Gruppen von Aufbruch, andere Gruppe und politische Organisationen sein. Schlie-

ben sich aus einer Stadt mehrere lokale Gruppen der Föderation an, koordinieren diese auf lokaler Ebene ihre Aktivitäten und initiieren eine regelmäßige Zusammenarbeit. Aktive lokale Gruppen sind also die Basis des Projekts.

Diese lokalen und thematischen Gruppen konzipieren ihre Politik und Aufbauprojekte vorerst eigenständig, sprechen sich dabei allerdings mit den anderen an der Föderation beteiligten Gruppen ab. Dabei versuchen die beteiligten Gruppen voneinander zu lernen. Die lokalen Gruppen orientieren sich auf einen langfristig ausgerichteten Aufbau in ausgewählten Bereichen der Gesellschaft. Die lokalen Gruppen beteiligen sich gemäß ihren Kräften an lokalen Bündnissen und entwickeln in konkreten Sachfragen eine möglichst breite Einheitspolitik und zugleich auch ihre eigene Interventionsfähigkeit. Die beteiligten Gruppen betreiben eine systematische Bildungsarbeit und sprechen sich hierbei mit den anderen Gruppen ab.

Konkrete Schritte und gemeinsame Diskussion

Anlässlich des EU-Gipfels am 20. September organisiert Aufbruch Salzburg am 15. September eine Konferenz unter dem Titel „Gegen die EU der Banken und Konzerne: Für ein demokratisches, solidarisches und ökologisches Europa!“ Am 16. September laden wir alle Interessierten zu einem Treffen ein, um einen Meinungsaustausch über die Grundlagen und Perspektiven der hier vorgeschlagenen Kooperation eines *Aufbruchs für eine ökosozialistische Alternative* zu beginnen

Das Treffen dauert voraussichtlich von 10:00 –17:00 Uhr. Wir haben einen gemütlichen Raum für rund 30 Personen mit Küche und benachbarter Wiese reserviert.

Worüber wollen wir uns an diesem Treffen unterhalten?

- Wie schätzen wir die Situation in Österreich im europäischen Kontext ein?
- Auf welchen Fragen und wie können wir gemeinsam in Österreich eingreifen?
- Auf welcher politischen Grundlage können wir in Österreich einen Konvergenzprozess der verschiedenen antikapitalistischen Initiativen voranbringen?
- Welche Rolle können bei diesem Prozess aktive lokale Gruppen einnehmen?
- Wie arbeiten wir praktisch und konkret zusammen?
- Wie erarbeiten wir einen Arbeitsplan zur Erarbeitung eines ökosozialistischen Programms?

Wer am Treffen am 16. September in Salzburg teilnehmen möchte, melde sich bitte bis 2. September unter kontakt@aufbruch-salzburg.org an. Gerne nehmen wir im Vorfeld schriftliche Diskussionsbeiträge entgegen und stellen sie den angemeldeten Personen zur Verfügung.